



Dr. Edgar Franke

12. Mai 2023

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenberg
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

12. Mai 2023

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenberg, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB
Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729
edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451-717950

www.edgarfranke.de

www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

Editorial

Neues aus dem Bundestag

Gesundheitstour

Aus Wahlkreis und Heimatregion

Bilder der Woche

Liebe Leserinnen und Leser,

eine ereignisreiche Parlamentswoche ist wieder zu Ende gegangen.

Bei vielen Debatten, die ich auf der Regierungsbank für das Bundesministerium für Gesundheit verbringe, bekommt man sehr viele Debatten sehr viel unmittelbarer mit, weil man das Parlament von vorn, also aus einer ganz anderen Perspektive als sonst als Abgeordneter betrachtet.



Bild: Edgar Franke vertritt den Bundesgesundheitsminister auf der Regierungsbank.

Nicht selten, zum Beispiel bei der Debatte hinsichtlich des Auslandseinsatzes im Kosovo, ist der Beifall von ganz links und ganz rechts synchron. Ein, so finde ich, bemerkenswerter Vorgang!

Auch haben mich die Redebeiträge zum 75. Jahrestag der Gründung des Staates unter Anwesenheit von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und dem israelischen Botschafter sehr berührt.

Ferner berichte ich heute auch weiter über meine Krankenhaustour durch Deutschland. Ich war zum einen in Offenbach im Sana Klinikum und habe kleine Krankenhäuser in Niederbayern in einer eher dünn besiedelten Region besucht.

Ich freue mich, dass wir die Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten sowie der Ersatzkandidatinnen und Ersatzkandidaten für die Landtagswahl 2023 in dieser Ausgabe fortführen. Dr. Daniela Sommer, Kandidatin für den Landtagswahlkreis 6 Waldeck-Frankenberg II, stellt sich dieses Mal vor.

Euer Edgar Franke



Neues aus dem Bundestag

Revolution von 1848/49 und die Nationalversammlung in der Paulskirche

Der deutsche Parlamentarismus ist älter als vielfach angenommen. Im Bundestag blicken wir in dieser Woche auf die Anfänge unserer Demokratie zurück.



Vor 175 Jahren – am 31. März 1848 – kam in der Frankfurter Paulskirche das sogenannte Vorparlament zusammen, um Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung vorzubereiten. Ein knappes Jahr später verabschiedet diese dann die Paulskirchenverfassung, die zum Vorbild aller späteren demokratischen deutschen Verfassungen wurde. Erstmalig erhielten Menschen- und Bürgerrechte Gesetzeskraft in Deutschland. Der Grundrechtskatalog enthielt die Gleichheit aller vor dem Gesetz, die Aufhebung aller Standesvorrechte und die Gewährleistung persönlicher und politischer Freiheitsrechte. Mit der Verfassung sollte ein föderaler deutscher Einheitsstaat konstituiert werden, auch wurden die Rechte des Reichstags, wie zum Beispiel die Gesetzgebung und das Budgetrecht verankert.

75 Jahre Weltgesundheitsorganisation

Am 7. April 1948 wurde die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organisation, WHO) der Vereinten Nationen gegründet und besteht in diesem Jahr somit seit 75 Jahren.



Die WHO ist die koordinierende Institution des internationalen Gesundheitswesens und hat bei der Bewältigung globaler Gesundheitsherausforderungen die Aufgabe, Leitlinien, Standards und Methoden zu entwickeln, zu vereinheitlichen und weltweit durchzusetzen. Um diesen hohen Erwartungen gerecht zu werden, muss die Organisation in politischer, personeller und finanzieller Hinsicht gestärkt werden. Dies fordern wir in einem Koalitionsantrag, den wir in dieser Woche beraten haben.



Die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt, dass der WHO die Fähigkeiten fehlen, ihr Mandat vollumfänglich zu erfüllen. Dies liegt an der unzureichenden Grundfinanzierung und der mangelnden Flexibilität der Mittel. In den vergangenen Jahren ist die WHO immer abhängiger von Spenden geworden. Im vorliegenden Koalitionsantrag fordern wir daher die Bundesregierung dazu auf, die geplante Anhebung der Pflichtbeiträge durch die Mitgliedsländer zu unterstützen, sodass diese insgesamt 50 Prozent des Kernbudgets der WHO ausmachen. Des Weiteren unterstützen wir die Ausarbeitung eines Pandemieabkommens sowie die Reform der Internationalen Gesundheitsvorschriften und setzen uns dafür ein, die gesundheitsbezogenen Nachhaltigkeitsziele bis 2030 zu erreichen und die Bemühungen der WHO im Bereich Klima/Gesundheit zu unterstützen

Debatte um Start des Heizungsgesetzes

Die Reform des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) rückt näher, doch über den Zeitplan der neuen Regeln für Heizungen gibt es Diskussionen.

GEG
Gebäudeenergiegesetz

Der vorgelegte Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes, der vom Bundeskabinett zunächst verabschiedet wurde und nun in den parlamentarischen Prozess gelangt, soll Orientierung geben, wann alte Heizungen zugunsten einer klimafreundlicheren Anlage ausgetauscht werden müssen und wird weitreichende Übergangsfristen und Härtefallregelungen beinhalten.

Klimaneutrales Heizen müssen sich aber auch Haushalte mit weniger Einkommen leisten können. Dabei geht es für viele Menschen um größere Investitionen. Die SPD-Bundestagsfraktion macht sich daher für eine kostenlose Energieberatung mit einem individuellen Fahrplan für nötige Umbauten stark, damit Bürgerinnen und Bürgern Planungssicherheit bekommen. Außerdem liegen nun erste Vorschläge für ein Förderprogramm vor, das Eigentümerinnen und Eigentümern beim Umstieg auf klimaneutrale Heizungen unter die Arme greift. Bei der Förderung werden wir vor allem Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen stärker in den Blick nehmen. Wir haben vom ersten Tag an deutlich gemacht, dass wir dem Gesetz nur zustimmen, wenn es eine sozial ausgewogene Förderung gibt.

Flüchtlingsgipfel: Eine Milliarde Euro für Länder

Bund und Länder haben sich auf drei Schritte geeinigt. Eine Milliarde Euro zahlt der Bund zusätzlich an die Länder, damit diese ihre gestiegenen Kosten für Geflüchtete finanzieren können. Bis November soll zweitens ein Plan erarbeitet werden, der die Finanzierung völlig neu regelt. Und drittens gibt es ein Maßnahmenpaket, um die illegale Migration zu begrenzen.

Die Bundesregierung hatte die höheren Zuschüsse zunächst unter anderem mit dem Verweis abgelehnt, dass der Bund schon den Großteil der Kosten für Flüchtlinge aus der Ukraine übernehme. Die Länder wollen jedoch eine langfristige Umstellung des

Finanzierungssystems. So soll der Bund, wie früher schon einmal, eine Pauschale pro Geflüchteten an die Länder bezahlt. Eine Arbeitsgruppe soll nun bis November weitere Vorschläge unterbreiten.



Das Beschlusspapier des Flüchtlingsgipfels umfasst Maßnahmen und Ankündigungen, um Asylverfahren zu beschleunigen und abgelehnte Asylbewerber konsequenter abzuschieben. Der Ausreisegewahrsam soll von zehn auf 28 Tage verlängert werden. Zudem verspricht der Bund, die angestrebten Migrationsabkommen intensiv voranzutreiben. Sie sollen dazu führen, dass Herkunftsstaaten abgelehnter Asylbewerber ihre Staatsbürger wieder zurücknehmen.

Nach dem Kompromiss beim Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt ist der Streit um die Asylpolitik zurück in den Bundestag gewandert. CDU/CSU bemängelten, dass kein klares Signal der Begrenzung der irregulären Migration gesetzt worden sei. Die Linke stört sich vor allem an Überlegungen, Asylbewerber an den EU-Außengrenzen für einige Wochen festzuhalten, um dort ihre Identifizierung und Registrierung abzuschließen, sowie ihren Schutzanspruch zu prüfen. Die FDP will dagegen mehr Erwerbsmigration, weniger irreguläre Migration und eine gerechtere Verteilung von Schutzsuchenden in Europa. Die SPD will zudem die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen vereinfachen, denn nicht alles ist mit mehr Geld allein zu lösen.

Gesundheitstour

Die Gesundheits- und Krankenhaustour geht weiter. Zunächst besuchte Edgar Franke das **Sana Klinikum Offenbach**.

Als Krankenhaus der Maximalversorgung mit fast 1000 Planbetten und mit der Gründung des Onkologischen Zentrums ist der Standort Offenbach ein wichtiger Versorger im Rhein-Main-Gebiet. Der Vorsitzende des Vorstandes der Sana Kliniken AG, Thomas Lemke, die Geschäftsführer, der ärztliche Direktor, die Chefärzte und der Pflegedirektor stellten das Leistungsspektrum der Klinik vor.



Thema war aber vor allem die geplante Krankenhausreform. Lemke, der auch stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft ist, betonte in den sehr konstruktiven Gesprächen, dass aus seiner Sicht nicht allein in Berlin zentrale Versorgungsvorgaben bzw. -stufen geplant werden könnten, auch die Akteure vor Ort müssten eingebunden werden. Franke betonte, dass es anzustreben sei, in Zukunft komplexe Behandlungen von spezialisierten Kliniken durchführen zu lassen, um die Versorgungsqualität zu erhöhen, aber gleichzeitig auch weitere Instrumente schaffen, um eine flächendeckende

Grundversorgung zu sichern. Durch die Einführung von erlösunabhängigen Vorhaltepauschalen - neben den Fallpauschalen - kann den Krankenhäusern ein Stück weit der ökonomische Druck genommen und Fehlanreize wie Mengenausweitungen um jeden Preis, vermieden werden.

Wichtig ist der Besuch der Krankenhäuser, um deren spezifischen Probleme und Herausforderungen kennenzulernen und in den Gesetzgebungsprozess miteinbeziehen zu können.

Im Bild links: Im Sana Klinikum traf Franke auf seinen Neffen, Chefarzt Professor Dr. Timm Bauer.



Krankenhausreform als Schlüssel für eine flächendeckende, qualitativ hochwertige Versorgung

Auf Einladung der örtlichen SPD-Bundestagsabgeordneten Rita Hagl-Kehl besuchte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Gesundheit Prof. Dr. Edgar Franke (SPD) die **Kliniken am Goldenen Steig**.



Hagl-Kehl und Franke tauschten sich dabei mit sachkundigen

Bürgern, Mitarbeitern aus dem Gesundheitswesen, Betriebs- und Personalräten sowie Klinikdirektoren und weiteren Politikern wie dem FDP-Bundestagsabgeordneten Muhanad Al-Halak, Rita Röhl, SPD-Landrätin Regen, und Hilde Greiner, stellvertretende Landrätin Freyung-Grafenau (SPD), zur geplanten Krankenhausreform und den Standorten in der Region aus. Franke unterstrich, wie wichtig der Erhalt von Krankenhäusern im ländlichen Raum für den Bund sei.

„Viele Krankenhausstandorte gerade im ländlichen Bereich kämpfen um ihr wirtschaftliches Überleben – und zwar nicht erst seit Pandemie und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine“, betonte Franke bei der Begrüßung. Gerade in Bayern haben kleinere Krankenhäuser in strukturschwächeren Regionen derzeit finanzielle Probleme. Laut Bayerischer Krankenhausgesellschaft schlossen über 70 Prozent der Kliniken in Bayern im Jahr 2022 mit einem negativen Ergebnis. In diesem Zusammenhang hat der Bund bereits in der Vergangenheit zusätzliche finanzielle Mittel bereitgestellt, durch welche kleine, bedarfsnotwendige Krankenhäuser mit bis zu 800.000 Euro pro Jahr zusätzlich unterstützt werden. Hiervon profitierten 2022 insgesamt 16 Kliniken in Bayern, darunter auch die Klinik in Freyung mit 400.000 Euro und die Aberlandkliniken in Zwiesel und Viechtach zusammen mit einer Million Euro. Ferner hat der Bundestag mit dem Krankenhauspflegeentlastungsgesetz den Bundesländern für Geburtshilfen und Pädiatrien nochmals 120 bzw. 300 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Diese Unterstützung des Bundes allein reiche jedoch nicht, um die generellen finanziellen Probleme der Krankenhäuser zu beheben, so Hagl-Kehl. Alle Gesprächsteilnehmer waren sich einig, dass eine grundlegende Reform unumgänglich sei.



„Wir dürfen die Häuser nicht in einen kalten Strukturwandel hineinlaufen lassen. Wir brauchen eine Krankenhausreform, mit der wir eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Versorgung sicherstellen“, so Franke. Eine solche Reform wird aktuell basierend auf Empfehlungen einer Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung öffentlich diskutiert.

Ein zentraler Baustein des Vorschlags der Regierungskommission ist die Einführung einer Vorhaltefinanzierung: Ein Teil der Kosten der Krankenhäuser soll in Zukunft über ein Vorhaltebudget gedeckt werden. „Kleinere Kliniken haben Nachteile im aktuellen System, weil sie nicht so viele Behandlungen durchführen. Mit einer Vorhaltefinanzierung wollen wir gerade für sie den ökonomischen Druck verringern. Die Feuerwehr wird schließlich auch nicht nur bezahlt, wenn’s brennt“, so Franke. Befürchtungen der Klinikdirektoren Marcus Plaschke und Christian Schmitz, die Kommissionsempfehlungen führten automatisch dazu, Operationen vor Ort nicht mehr durchgeführt werden könnten, entkräftete der Parlamentarische Staatssekretär Franke.

Die weitere Entwicklung des Standorts in Grafenau müsse deshalb auch unter diesem Gesichtspunkt kritisch begleitet werden. Denn für die bedarfsnotwendige Grundversorgung werde man auch weiterhin Sicherstellungszuschläge für strukturschwächere Regionen bereitstellen. „Gleichzeitig muss aber auch verhindert werden, dass lukrativere

Behandlungen durchgeführt werden, obwohl weder das Knowhow noch die optimale Ausstattung vorhanden ist“, betonte Franke.

„Ein Gesetzentwurf wird erst nach der parlamentarischen Sommerpause vorgelegt. Bis dahin liegt es nun an allen Akteuren, die Reformvorschläge in einzelnen Punkten gegebenenfalls noch anzupassen und im Konsens eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten“, stellten Hagl-Kehl und Al-Halak klar. Der Gesetzentwurf soll gezielt als zustimmungsbedürftiges Gesetz eingebracht werden, damit die Interessen der Länder und der ländlichen Regionen ausreichend berücksichtigt werden. „Eine Reform kann nur mit den Ländern im Konsens gelingen“, fasste Franke zusammen. In diesem Zusammenhang bat Franke auch die Klinikdirektoren Plaschke und Schmitz um schriftliche Weitergabe ihrer Verbesserungsvorschläge aus dem Gespräch und lud beide als Experten aus der Praxis zu einem Austausch in Berlin ein.

Veranstaltung „Fraktion vor Ort“ in Deggendorf zum Thema „Krankenhausfinanzierung im ländlichen Raum“ mit MdB Rita Hagl-Kehl

Wir haben auf dieser Veranstaltung mit vielen sachkundigen Bürgern, Mitarbeitern aus dem Gesundheitsbereichen, mit Betriebs- und Personalräten sowie Klinikdirektoren einen sehr engagierten und vor allem konstruktiven Austausch geführt, der über zwei Stunden gedauert hat.





Aus Wahlkreis und Heimatregion

100.000 EURO Förderung aus Bundesmitteln für Kinder und Jugendliche



Mit dem Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit will das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt stellen und ihnen Raum für Teilhabe und Engagement geben.

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Edgar Franke (SPD) freut sich über die Fördermittel von rund 100.000 Euro aus dem Bundesprogramm „Das Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), die an vier Kinder- und Jugendprojekte in seinem Wahlkreis gehen.

Gefördert werden das „Jugend-Projektorchester“ der Stadt Gudensberg mit 49.969,00 Euro im Jahr 2023, das Projekt „Mikro-Abenteuer-Wochenende“ des EC-Landesjugendverband Hessen-Nassau e.V. in Neukirchen mit 15.675,50 Euro im Jahr 2023, das Projekt „Genussknirpse“ des Malteser Hilfsdienst gGmbH in Fritzlar mit 3.391,90 Euro im Jahr 2023 sowie das Partizipationsprojekt „Zukunftswerkstatt Jugendburg“ der Jugendburg Hessenstein gGmbH in Vöhl mit 30.405,88 Euro im Jahr 2023.

„Ich freue mich über diese Förderung, die gezielt jungen Menschen zugutekommen soll. Denn gerade Kinder und Jugendliche haben in der Pandemie stark gelitten. Umso wichtiger ist es daher, Angebote und Maßnahmen für junge Menschen bereitzustellen, die ihre körperliche und seelische Gesundheit verbessern“, so der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister Edgar Franke.

Franke weist auch darauf hin, dass junge Menschen, die eine Projektidee haben, gemeinsam mit einem Träger ihrer Wahl noch Förderanträge stellen können. Zudem können Träger eine Förderung für ein Projekt beantragen, das sie gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen planen und umsetzen. Kinder und Jugendliche können noch bis zum 15. September Projektanträge stellen. Für Träger ist dies nochmals bis zum 26. Mai möglich.

Weitere Informationen zum Bundesprogramm gibt es hier: <https://www.das-zukunftspaket.de/>

Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahl 2023 in Hessen

Die Vorstellungen gehen weiter. Für den Wahlkreis 6 Waldeck-Frankenberg sich die Kandidatin Dr. Daniela Sommer vor.



DAS BIN ICH

Ich habe meine familiären, beruflichen und vor allem emotionalen Wurzeln im Landkreis Waldeck-Frankenberg. Dort wurde ich 1978 geboren, bin in Bottenberg und Frankenberg zur Schule gegangen.

In Marburg habe ich Diplom-Pädagogik studiert und war nach meinem Abschluss beim DRK, beim Caritasverband im Projekt „Soziale Stadt“, bei der Stadt Frankenberg im Modellprojekt „Familienstadt mit Zukunft“ sowie an der Universität Kassel im Verbundprojekt „KLIMZUG-Nordhessen“ in der Klimaanpassung und im Gesundheitswesen beschäftigt. Dort promovierte ich, bin Doktorin der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Seit 2014 bin ich Abgeordnete im Hessischen Landtag.

Ich bin gesundheitspolitische Sprecherin und Sprecherin für Wissenschaft und Kunst, seit dem 21. Dezember 2021 bin ich Parlamentarische Geschäftsführerin und damit auch Mitglied in Ältestenrat und Präsidium des Landtages. Zu meinen Aufgaben gehört die Koordination der parlamentarischen Abläufe.

Neben den beruflichen Tätigkeiten engagiere ich mich ehrenamtlich in zahlreichen Vereinen und Verbänden.

DAFÜR STEHE ICH

Aktuelle Entwicklungen im Blick behalten, Informationen sammeln, Gespräch mit Betroffenen führen – nur so kann man sich ein eigenes Bild machen und politische Entscheidungen treffen. Nur wenn man sich intensiv mit dem beschäftigt, was die



Gesellschaft bewegt, kann man konstruktive Lösungsansätze entwickeln und sich ernsthaft einmischen.

Bei meiner Arbeit geht es immer um die Sache: Gerade bei gesundheitspolitischen Themen ist das heute wichtiger denn je. Ob in der Gesundheits- oder Hochschulpolitik, ob in der Wissenschaft oder bei der Kultur: In allen Bereichen geht es um die Gesellschaft, um jeden oder jede von uns, vor allem aber geht es um die Zukunft und um die Gerechtigkeit.



Als Parlamentarische Geschäftsführerin organisiere ich die politische Fraktionsarbeit. Dabei will ich das **WIR** in den Mittelpunkt rücken, gemeinsam im Team geht alles besser. Offenheit, Respekt, Wertschätzung, das kooperative Miteinander und Solidarität sind mit daher besonders wichtig.

Eure Daniela Sommer

Hintergrund: Der neu zugeschnittene Wahlkreis 6 Waldeck-Frankenberg II umfasst neben der Stadt Fritzlar im Schwalm-Eder-Kreis die folgenden Städte und Gemeinden im Landkreis Waldeck-Frankenberg:

Allendorf (Eder), Bad Wildungen, Battenberg (Eder), Bromskirchen, Burgwald, Frankenau, Frankenberg (Eder), Gemünden (Wohra), Haina (Kloster), Hatzfeld (Eder), Rosenthal und Vöhl. Ersatzkandidat im Wahlkreis 6 ist Ralf Gutheil, Bürgermeister der Stadt Bad Wildungen. Weitere Informationen zu unserer Landtagsabgeordneten und Direktkandidatin Dr. Daniela Sommer finden Sie auf ihrer Homepage www.danielasommer.de.

Günter Rudolph berichtet

Beim ersten Hessischen Versorgungsgipfel haben sich am 28. April 2023 Vertreter des Gesundheitswesens mit der Landesregierung ausgetauscht. Zu den vorrangigen Themen in der Staatskanzlei in Wiesbaden zählten die geplante Krankenhausstrukturreform des Bundes, der Mangel an bestimmten Arzneimitteln und fehlende Fachkräfte in der



Pflege. Hierzu der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und Kandidat für die Landtagswahl in Hessen, Günter Rudolph:

„Offensichtlich war es notwendig und hilfreich, dass wir im Januar im Hessischen Landtag den Druck auf Boris Rhein erhöht und die zeitnahe Umsetzung der Ankündigungen aus seiner Regierungserklärung im Juni 2022 eingefordert haben. Dass der Ministerpräsident den lang versprochenen Dialog nun nutzt, um ‚in die hessische Versorgungslandschaft hineinzuhorchen‘ macht jedoch sprachlos. Wir stoßen seit Jahren im Gesundheitsbereich an die maximalen Grenzen unserer Kapazitäten und Boris Rhein muss sich heute erst einmal informieren. An einen Versorgungsgipfel stellen wir andere Ansprüche und hätten anstatt Selbstlob und Forderungen an den Bund konkrete Antworten und Lösungen für Hessen erwartet.“

Eine gute Gesundheitsversorgung gebe es nur in Krankenhäusern, die in jeder Hinsicht gut ausgestattet seien. Die explodierenden Energiekosten und die galoppierende Inflation seien im bestehenden Krankenhausfinanzierungssystem nicht zu kompensieren. Aus Sicht der hessischen Krankenhausgesellschaft schlage zudem gerade bei den Investitionen der Krankenhäuser die hohe Preissteigerungsrate voll durch. Deshalb hätte die Lücke bei den Investitionen schon im ersten Jahr des geplanten Doppelhaushaltes 2023/24 geschlossen werden müssen.



„Entweder, die Landesregierung aus CDU und Grünen bezuschusst die Krankenhäuser endlich so, dass diese auskömmlich wirtschaften können – oder sie sagt ehrlich, dass sich die Menschen im Land auf eine Verschlechterung der klinischen Gesundheitsversorgung einstellen müssen. Das sind die beiden Optionen, zwischen denen sich Sozialminister Klose in dieser Situation entscheiden muss. Wir sagen klar, dass pflegebedürftige Menschen eine gute Versorgung und Pflegenden mehr Anerkennung, Respekt und vor allem Wertschätzung verdient haben. Das bedeutet für uns, dass sich einiges ändern muss“, so der Fraktionsvorsitzende.

„Grundsätzlich sind wir davon überzeugt, dass sich bei dem Thema Gesundheitsversorgung auch der Dialog mit den Unternehmen in Hessen entscheidend verbessern muss.“ Der Standort Europa müsse gestärkt, Teile der Produktion zurückgeholt und eine weitere Abwanderung von Unternehmen verhindert werden. Unseren Vorschlag, im Ausschuss dazu eine Anhörung im Hessischen Landtag durchzuführen, um mit den Akteuren der Gesundheitsindustrie nach Lösungen zu suchen, um Medikamente in Hessen oder Deutschland systematisch und gesteuert zu produzieren, habe die Landesregierung ebenfalls abgelehnt. „Die Landesregierung hätte hier nicht nur einen erheblichen Anteil zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung leisten, sondern auch die Wertschöpfung in Hessen generieren und Arbeitsplätze erhalten und schaffen können.“

Generell müssten alle Bereiche des Gesundheitswesens gestärkt werden. „Hessen braucht mehr Medizinstudienplätze, einen Aktionsplan für mehr Kinderärzte, Vorhaltekapazitäten von Lebensmitteln, Medikamenten, und Sanitätsmaterial. Außerdem gilt nach den Ankündigungen Boris Rheins in seiner Antrittsrede, Hessen als Produktionsstandort und als internationales Kompetenzzentrum der Gesundheitswirtschaft – als APOTHEKE 2.0 – zu stärken und auszubauen. Rhein wird nicht müde zu wiederholen, dass ‚Hessen Europas Apotheke‘ werden soll. Bleibt zu hoffen, dass dies nicht wieder nur Phrasen ohne Gehalt sind. Meine Diagnose: zu viel Selbstlob, zu wenig Lösungen“, so Rudolph.

Quelle: <https://www.guenter-rudolph.de/2023/04/28/diagnose-selbstlob-loesungen-fuer-die-hessische-gesundheitsversorgung-in-weiter-ferne/>

Günter Rudolph ist Kandidat für die Landtagswahl in Hessen am 08. Oktober 2023 im Wahlkreis 7 Schwalm-Eder-Nord.

Bilder der Woche



Diese Woche waren die Abgeordneten der SPD Landesgruppe Hessen auf Einladung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (unten) zu Gast im Bundesinnenministerium.



Links: Edgar Franke im Bild mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dagmar Schmidt.



Gäste aus dem Schwalm-Eder-Kreis beim Frühlingsempfang der SPD-Landtagsfraktion im Hessischen Landtag: Edgar Franke im Bild mit dem 1. Kreisbeigeordneten Jürgen Kaufmann (links) sowie Gudrun Bärthel-Schneck und Dr. Philipp Rottwilm (recht von ihm).

Edgar Franke beim Kreisseniorennachmittag für den Bereich Schwalm-Eder-Mitte in der Kulturhalle Schwarzenborn mit Hombergs Bürgermeister Dr. Nico Ritz und Jürgen Kaufmann.

Elli Schmidt aus Frielendorf und Willi Kepper aus Homberg wurden als älteste Teilnehmende besonders geehrt. Geburtstagswünsche gingen an Frau Isolde Scholz aus Homberg.



Das Team Franke beim Fotoshooting vor dem Berliner Reichstagsgebäude.

Von links: Onno Wulf (Büroleiter Berlin), Parlamentarischer Staatssekretär Edgar Franke und Michael Höhmann (Leiter Wahlkreisbüro in Borken/Hessen)



Jubiläumsfeier 25 Jahre Hessische Unfallkasse (UKH) in Frankfurt mit den Mitarbeitern und der Selbstverwaltung.

Die gesetzliche Unfallversicherung ist neben der Kranken-, Arbeitslosen-,

sozialen Pflege- und Rentenversicherung eine wichtige Säule der deutschen Sozialversicherung. Die Unfallkasse Hessen (UKH) ist – wie die Berufsgenossenschaften – eine Trägerin der gesetzlichen Unfallversicherung. Bei der UKH sind alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gesetzlich unfallversichert.

Bild rechts: Bei den Jubiläumsfeierlichkeiten kam es zur Begegnung mit Hessens Ministerpräsident a.D. Volker Bouffier.





Edgar Franke im Gespräch mit Bundespräsident Frank- Walter Steinmeier und dessen Ehefrau, „First Lady“ Elke Bündenbender, beim Bundespresseball in Berlin.



IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 Screenshot Befragung der Bundesregierung vom 10.05.23 Parlamentsfernsehen www.bundestag.de, Seite 3 Image by [andreas N](#) from [Pixabay](#) WHO-Logo <https://www.who.int/>, Seite 5 Bild von [Gerd Altmann](#) auf [Pixabay](#), Seiten 6 bis 9 alle Edgar Franke, Seite 10 Zukunftspaket <https://www.das-zukunftspaket.de/>, Seite 11 Sommer_Daniela_SPD Hessen 2023_GS = Götz Schleser, Seite 12 Christoph Mattes, Seite 13 Quelle: <https://www.guenter-rudolph.de/2023/04/28/diagnose-selbstlob-loesungen-fuer-die-hessische-gesundheitsversorgung-in-weiter-ferne/>, Seiten 15 bis 18 alle Edgar Franke außer Seite 16 unten Fotoshooting des Seeheimer Kreises.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.